

Windkraft: Mehrheit für Normenkontrollklage

Gemeinderat will gegen Teilregionalplanung vorgehen / Meinungen liegen weit auseinander

Baden-Baden (sre) – Die Kurstadt wird gegen die Teilregionalplanung Windenergie des Regionalverbands Mittlerer Oberrhein Normenkontrollklage einreichen: Dafür hat sich gestern nach hitziger Diskussion die Mehrheit des Gemeinderates ausgesprochen.

Es gehe bei dieser Entscheidung nicht darum, ob man für oder gegen Windkraft sei, hatte Oberbürgermeisterin Margret Mergen zuvor deutlich ge-

macht: Gegen Windanlagen habe sich das Gremium schließlich schon im vergangenen Jahr ausgesprochen. Vielmehr gehe es um die Frage, was der richtige Weg sei, um dieses Ziel zu erreichen. Darüber hatten die Stadträte sehr unterschiedliche Ansichten – zum Teil auch innerhalb der einzelnen Fraktionen lagen die Meinungen weit auseinander.

Mergen selbst sprach sich gegen das Normenkontrollverfahren aus, mit dessen Hilfe

überprüft werden soll, ob die Regionalplanung mit höherem Recht vereinbar ist: Die Stadt habe ohnehin die Hand auf der Entwicklung im Stadtkreis, weil sie Eigentümerin der im Regionalplan vorgesehenen Vorranggebiete sei. Sie könne nicht enteignet werden. Im Übrigen könne die Klage selbst im Erfolgsfall nichts daran ändern, dass die Windkraft generell als privilegierte Nutzung im gesamten Außenbereich zulässig ist.

Das sah die CDU-Fraktion anders – und beantragte die Einreichung der Klage: Durch die Regionalplanung könne der Wille des Gemeinderats, keine Windanlagen im Stadtkreis zuzulassen, wertlos werden, sagte etwa Ansgar Gernsbeck (CDU). Auf das Eigentum der Flächen könne man sich nicht berufen.

Martin Ernst (FBB) und Hans Schindler (FDP) betonten, dass man der Klage zustimmen werde. Hans-Peter

Ehinger (Freie Wähler) hingegen argumentierte ähnlich wie die OB: Er zweifelte nicht nur an den Erfolgsaussichten der Klage, sondern hielt diese mit Blick auf die Eigentumsverhältnisse auch für unnötig. Seine Fraktion gehörte aber zu denen im Gremium, die sich in dieser Frage uneins waren.

Aus den Reihen der SPD, die allerdings mehrheitlich gegen das Verfahren stimmte, wurden unterschiedliche Meinungen geäußert. Kurt Hochstuhl

(SPD) verwies – genau wie etwa Beate Böhlen (Grüne) – auf zweifelhafte Erfolgsaussichten. Böhlen kritisierte außerdem das aus ihrer Sicht nicht objektive Gutachten.

Die Klage, für die es schließlich bei einer namentlich durchgeführten Abstimmung eine Mehrheit gab, wird nach Schätzung der Verwaltung 15 000 bis 20 000 Euro kosten, gegebenenfalls könnten zusätzliche Gutachterkosten dazukommen.